

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4586. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegraphisch: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telephon 13693. — **Berlin in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4586

Inseratenpreise: Die 7 gefaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gefaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Der Wahlausfall in Preußen.

Obwohl auch zur Stunde, wo wir diese Zeilen schreiben, die Zahl der abgegebenen Stimmen erst aus 20 von 23 Wahlkreisen vorliegen und obwohl diese Zahlen noch durchaus ungenau sind, stimmt der ganze Chorus der bürgerlichen, rechtssozialistischen und kommunistischen Presse einhellig ein Freubengeseul über die „vernichtende Niederlage“ an, die die Unabhängige Sozialdemokratie bei der Preußenwahl erlitten habe. Daß hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist, zeigen aber die bisherigen, noch völlig unvollständigen Zahlen. Nach dem Bericht des Wolffschen Bureaus erhält unsere Partei 24 Mandate, dieselbe Zahl, die sie 1919 erreicht hat. Die vorläufige Stimmengahl für unsere Partei wird mit rund 700 000 angegeben gegen 1 280 000 Stimmen 1920. Stellt man nur diese beiden Zahlen einander gegenüber, dann hätte unsere Partei allerdings eine Niederlage, oder wie sich die Gegner übertreibend ausdrücken, eine katastrophale Niederlage erlitten, in Wirklichkeit aber muß man die Stimmengahl unserer und die der kommunistischen Partei, abzüglich der der kommunistischen Partei bei der Reichstagswahl erhaltenen, zusammenstellen und der bei der Reichstagswahl für die USPD abgegebenen gegenüberhalten, und dann auch diesmal noch die geringere Wahlbeteiligung berücksichtigen, erst dann wird man sagen können, ob unsere Partei Stimmeneinbuße hat und wieviel. Die weitere Untersuchung hätte sich dann darauf zu erstrecken, wie stark die Abschlechterung der sogenannten Kommunisten und die monatelangen Auseinandersetzungen die Stokkraft der Partei geschwächt haben.

Dazu kommt noch die doch keineswegs zu übersehende Tatsache, daß wir in manchen Kreisen nicht einmal eine eigene Presse haben und in manchen anderen eine erst im Entstehen begriffene. So hat unsere Partei in dem ungeheuer ausgedehnten hannoverschen Wahlkreis kein Blatt. Daß da in der Wahlbewegung keine Erfolge zu erzielen sind, liegt doch auf der klaren Hand. Dagegen steht der rechtssozialistisch-kleinbürgerlichen Partei eine weitverbreitete Presse und weitreichende Organisation zur Verfügung, und den bürgerlichen Parteien eine außerordentlich umfangreiche Presse, von der großstädtischen angefangen bis zu den kleinen Wirtelblättern der ländlichen Kreise, wozu noch der behördliche Apparat als Wahlhilfsmaschine kommt. Mit wenigen Ausnahmen arbeiten die wilhelminischen Beamten jetzt mit besonderem Eifer für die bürgerlichen Parteien, was sicher keine zu unterschätzende Wahlhilfe ist. Bis zu einem gewissen Grade trifft dies auch für die Rechtssozialisten zu. Auch deren Beamte, von den Wirkstern angefangen bis herab zu den unteren Beamten, haben sich der Wahlagitiation mit besonderem Eifer hingeeben, wobei es ihnen weniger auf die Aufklärung der Wähler als auf einen ganz plumpen Stimmenfang ankam. In den großen Städten glied die Agitation der rechtssozialistischen Partei einer einzigen großen Zirkusrevue und die Reden Scheidemanns, Haenrichs, Noskes usw. waren das Gegenteil sozialistischer Aufklärung. In Hannover ließ sich Scheidemann von seinen Anhängern für eine Mark, für die andern Neugierigen für zwei Mark sehen und — hören. Dies ist nur ein Genrebildchen aus dem Wahlkampf, wie er von den Rechtssozialisten befeht wurde.

Wenn trotzdem die Erfolge nicht der Erwartung entsprechen, so können sich die Rechtssozialisten sagen, daß es die Zirkusrevue allein nicht tut. Sieht man die vorläufige Mandatszahl der Rechtssozialisten an, so ist das große Siegesgeschrei, wonach sie sogar unsere Partei erheblichen Abbruch getan haben wollen, nicht recht verständlich. Von 145 Mandaten, die sie im alten Landtag besaßen, haben sie vorläufig erst 65. Erreichen sie ihre frühere Mandatszahl, so hätten sie nur ihren Stand behauptet, erreichen sie diesen nicht, so erweist sich ihr Siegesgeschrei als weiter nichts als der übliche Rummel, der auch von bürgerlicher Seite immer in den ersten Tagen nach der Wahl in Szene gesetzt wird, um die Deffentlichkeit über den Wahlausgang zu verwirren.

Das muntere Spiel über die Regierungsbildung nimmt auch schon einen ziemlichen Umfang an, obwohl die Partei- und Fraktionsstärke noch gar nicht feststeht. Auch die kommunistische Presse beteiligt sich daran. Die politischen Alphabeten des hallischen Klassenkampfes schwagen davon, „die Möglichkeit sei natürlich (!) gegeben bei der Entwicklung der USPD (siehe Sachsen), daß sich die Unabhängigen an einer Regierungskoalition beteiligen, die Demokraten, Zentrum, Sozialdemokraten und Unabhängige umfaßt“.

Die Tante weiß über Verhandlungen wegen einer Koalitionsregierung das folgende zu melden:

„Die Verhandlungen über die Neubildung der preußischen Regierung und über die Umbildung der Reichsregierung haben bereits am gestrigen Tage eingeseht. Zwischen den führenden Persönlichkeiten der Koalitionsparteien im Reiche haben bereits Besprechungen in dieser Richtung stattgefunden, an denen Reichsminister Jehrenbach, der Reichsminister des Innern Dr. Koch und der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann teilgenommen haben. Diese drei Parteien haben untereinander bereits

einig zu sein. Mit den Sozialdemokraten sollen die Verhandlungen erst im Laufe des heutigen Nachmittags angeknüpft werden. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei sind die Meinungen darüber, ob man in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eintreten solle, geteilt. In der jüngsten Zeit scheint aber jener Flügel die Oberhand gewonnen zu haben, der geneigt ist, diese Koalition anzunehmen. Von größtem Gewicht wird für die Entscheidung der Sozialdemokraten die Meinung und Haltung des Reichspräsidenten Ebert sein.“

Der Vorwärts sagt in der Montagsausgabe, über die Regierungsbildung zu sprechen, sei noch verfrüht, davon, „daß die bisherige Regierungskoalition ihre Mehrheit verlieren könnte, kann kaum die Rede sein“. Sehr unklar ist die Wendung: „Nur soviel kann heute schon gesagt werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, der Reaktion und dem Nationalismus auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen.“ Die Frage ist doch klipp und klar die: Bilden die Rechtssozialisten mit den bisherigen Koalitionsparteien wieder eine Regierung, oder auch mit den Stresemännern zusammen?

Wir aber, die Niedergerittenen, werden wie nach den früheren Niederlagen erleben, daß unsrer Bewegung die Zukunft gehört; denn weder kann das Heil der deutschen Arbeiterklasse von einem Zusammenarbeiten mit dem Bürgertum noch von der konfessionistisch-anarchistischen sogenannten kommunistischen Partei kommen.

Das vorläufige Ergebnis der preußischen Landtagswahlen.

Berlin, 21. Februar. (WTB.) Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen aus 20 von 22 Wahlkreisen können 372 Abgeordnete als gewählt gelten, und zwar Deutschnationale 66 (48), Deutsche Volkspartei 52 (24), Zentrum 78 (85), Demokraten 21 (65), Mehrheitssozialisten 100 (145), Unabhängige 24 (24), Kommunisten 27 (0), Wirtschaftspartei 4 (0). Diese Uebersicht ergibt sich aus den Wahlen nach den Kreiswahlvorschlägen, aus der Berechnung der Reststimmen in den Verbindungsvereinigungen und aus der Berechnung der Reststimmen für die Landeswahlvorschläge. Es fehlen die Ergebnisse aus den Wahlkreisen Ost-Hannover und Köln-Nachen.

Bis abends 6 Uhr wurden 8 910 528 abgegebene Stimmen gezählt. Davon erhielten: Deutschnationale 1 525 331 Stimmen, Deutsche Volkspartei 1 517 020, Zentrum 1 224 241, Demokraten 507 425, Sozialdemokraten 2 600 804, Unabhängige 698 775, Kommunisten 628 688, Wirtschaftspartei 138 264 Stimmen.

Berlin, 22. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das Berliner Tageblatt verbreitet Wahlergebnisse, die von den von WTB gemeldeten erheblich abweichen. Danach lagen bis 1 Uhr nachts die Endergebnisse aus 22 Wahlkreisen vor und wurden gewählt: 17 Demokraten, 67 Sozialdemokraten, 68 Zentrumler, 44 Deutsche Volksparteiler, 49 Deutschnationale, 25 Unabhängige, 19 Kommunisten, 2 Wirtschaftsparteiler; zusammen 291 Abgeordnete.

Die Rechtspresse stellt mit großer Genugtuung fest, daß das vorläufige Gesamtergebnis der in der neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin zur Preußenwahl abgegebenen Stimmen eine bürgerliche Mehrheit aufweist. Es sind abgegeben: Sozialdemokraten 427 301 Stimmen, Unabhängige 332 570 Stimmen, Kommunisten 104 946 Stimmen; zusammen sozialistische Stimmen: 864 817. Demokraten 339 048 Stimmen, Deutsche Volkspartei 301 350 Stimmen, Deutschnationale 147 989 Stimmen, Wirtschaftliche Vereinigung 98 311 Stimmen, Zentrum 74 564 Stimmen; insgesamt bürgerliche Stimmen 961 171. Also eine bürgerliche Mehrheit von 6255 Stimmen.

Berlin, 22. Februar. (TU.) Nach einer von der Freiheit berechneten Aufstellung konnten bis 2 Uhr morgens 327 Abgeordnete als gewählt gelten. Diese verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Unabhängige 20, Mehrheitssozialisten 95, Kommunisten 23, Deutschnationale 57, Deutsche Volkspartei 46, Zentrum 67, Demokraten 17 und Wirtschaftspartei 2. Es fehlen bei der Berechnung die Resultate aus den Wahlkreisen 15 (Ost-Hannover), 20 (Köln-Nachen) und 21 (Koblenz-Trier).

Annestierte Studenten.

Kassel, 22. Februar. Vor dem hiesigen Landgericht fand gestern gegen drei Studenten wieder ein Prozeß wegen Mißhandlung von Angehörigen der Roten Armee statt, bei dem der schon aus den früheren Prozeßen bekannte Eisendreher Bah wiederum die Hauptrolle spielte. Nach längeren juristischen Ausführungen des Verteidigers wurde das Verfahren mit Rücksicht auf den Annestierbefehl vom 4. August 1920 eingestellt.

Selbstverständlich! Nach den bisherigen Leistungen der neudeutschen Justiz wird kaum jemand einen anderen Ausgang des Prozesses erwartet haben. Man versteht nur nicht, weshalb die Gerichte, die doch alle Hände voll mit der Aburteilung revolutionärer Arbeiter zu tun haben, überhaupt erst noch mit Anklagen gegen Angehörige der bestehenden Klasse belastet werden.

Dialektik der Dinge — Konfusion der Köpfe.

D. Jussen.

Es ist verdammt schlimm, daß die Leute in Paris so selten sind, die es wagen, in der jetzigen Lage die Dinge so sehen zu wollen, wie sie wirklich sind. Wo ist einer in Paris, der nur zu denken wagt, daß die aktive Widerstandskraft Frankreichs für diesen Krieg gebrochen ist und damit die Aussicht auf eine durch eine Revolution zu bewirkende Austreibung der Invasion fällt! Eben deswegen, weil die Leute die tatsächliche Wahrheit nicht hören wollen, fürchte ich, daß es noch dazu kommt.

Friedrich Engels.

An diese Worte des getreuen Eckharde des internationalen Proletariats wird man erinnert, wenn man die Diskussion verfolgt, die augenblicklich in der kommunistischen Presse geführt wird, über die auswärtige Politik des deutschen Proletariats angesichts der Pariser Vorschläge. Ist auch die Lage heute eine andre wie am 12. September 1870, wo Engels an Marx jene Worte schrieb, so ist der Geist jener rückichtslosen Parteifaktik, der das Schreiben kennzeichnet, vorbildlich auch für unsere Tage.

Der Streit der Kommunisten um die richtige Lösung ist ferner ein Beweis für die alte Wahrheit, daß die Dialektik der Dinge, die Logik der Tatsachen stärker ist, als alle Gedankenkonstruktionen. Verschließt man sich dieser Erkenntnis, so führt allerdings die fortschreitende Entwicklung mit ihrem Widerspruch zur Gedankenschablone nicht zu einer Revision der falschen Theorie, sondern zu wachsender Konfusion der Köpfe. In dieser wenig beneidenswerten Lage befindet sich augenblicklich die KPD.

Wie schnell haben sich unsere Vorhersagen seit Halle bestätigt. Wie schnell ist die Prophezeiung der sich in allen Ländern rapid zuspitzenden Klassengegenstände, die unmittelbar zur Weltrevolution führen muß, von den Tatsachen widerlegt worden. Wir erlebten wohl die Erschütterung des Kapitalismus, die ökonomische Krise in England und Amerika, aber keineswegs den von den Kommunisten vorhergesagten automatischen Gegenstoß des Proletariats. Die Krise führte vielmehr sogar zur Stärkung des Großkapitals, während das Proletariat, durch die Spaltungstatistik der Kommunisten geschwächt, nicht einmal die Aufrüttelung der Massen durch die Krise genügend ausnützen konnte. So folgten dem Lachen Sinowjews von Halle die Tränen von Tours und die Bestürzung von Livorno. Die Spaltung der stärksten revolutionären Partei Deutschlands zog nach sich die Schwächung der wenig kräftigen sozialistischen Partei Frankreichs und die Zerschlagung der einzigen kommunistischen Massenpartei Westeuropas, der italienischen Partei.

Aber Lenin und seine deutschen Schüler bleiben unbefehbar. Das Exekutivkomitee der dritten Internationalen beglückwünscht die reinen Kommunisten, deren Führer Bordigha und Bombacci von Lenin selbst in seiner Broschüre über den Radikalismus so arg gerüffelt wurden. Es bezeichnet Serrati und seinen Anhang als Agenten der Bourgeoisie in einem Augenblick, wo das Bürgertum einen konzentrierten Angriff auf die Arbeiterklasse vorbereitet. Der Beauftragte des Exekutivkomitees in Deutschland wendet sich gegen die schwächste Opposition der Roten Fahne, so daß Paul Levi dem Beauftragten Moskows sein Mandat als Vorsitzender der kommunistischen Partei zur Verfügung stellt.

Der in Livorno kritische Levi wird in Berlin zum unkritischen Verkünder des Bündnisses mit Sowjet-Rußland als einzige Rettung aus den Klauen des Entente-Imperialismus. Er preißt Enver Pascha als Vorbild der deutschen Bourgeoisie und erregt eine Opposition durch diese Parole in den eigenen Reihen, während die Zentrale gleichzeitig den Münchner National-Bolschewismus abschütteln muß. Dieser Wirrwarr hindert aber nicht, daß die Kommunisten unentwegt die Schimpfanode gegen die USPD richten, ihr Pazifismus, Arbeiterverrat usw. vorwerfen, während sie unermüdet fortfahren, eine der wichtigsten Grundlagen einer revolutionären Politik des deutschen Proletariats zu untergraben durch die Ministerarbeit in den Gewerkschaften.

Prüfen wir, unbekümmert um den Schimpfwortregen der Patentrevolutionäre, die tatsächliche Lage und die Bedingungen des Klassenkampfes der europäischen Arbeiterklasse. Nur so können wir zu einer Parole gelangen, die einer Anpassung der Gedanken an die Tatsachen entspricht. Eine solche Richtlinie hat nichts zu tun mit großen Worten und Reklameschwung. Sie hat aber den Vorzug der Dauerhaftigkeit und Richtigkeit, während in der Fügigkeit der Parolefabrikation uns die Kommunisten immer überlegen bleiben werden.

II.

Der Weltkrieg hat den Sieg des Ententeimperialismus besiegelt, und die Folgen haben die Zentralmächte um so schwerer zu fühlen, als durch die sozialpatriotische Politik der deutschen Sozialdemokratie der Widerstand der Arbeiterparteien des Auslandes empfindlich geschwächt ist. Trotzdem kann nur der Kampf der